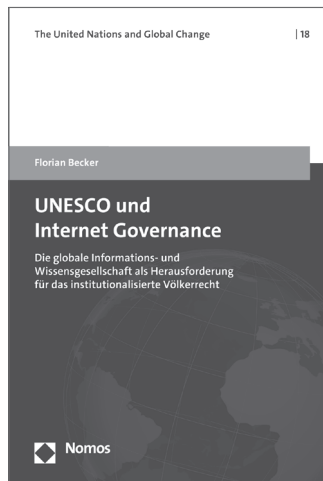


Internationale Prinzipien für die Wissensgesellschaft

Ekkehard Strauß



Florian Becker

UNESCO und Internet Governance: Die globale Informations- und Wissensgesellschaft als Herausforderung für das institutionalisierte Völkerrecht

Baden-Baden: Nomos
2022, 441 S.,
94,00 Euro

Das Internet als Grundlage sich immer schneller entwickelnder digitaler Anwendungen ist spätestens seit der zunehmenden Kriminalität im Cyberraum und der Diskussion über die notwendigen Beschränkungen künstlicher Intelligenz als internationale Regelungsaufgabe in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Eine unübersichtliche Vielzahl von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren versucht an unterschiedlichen Stellen der multilateralen Institutionen die immer schnellere Entwicklung zu überprüfen und Risiken einzudämmen. Eine wichtige UN-Initiative war in jüngster Vergangenheit etwa der Beschluss der UN-Generalversammlung zur Erarbeitung eines UN-Übereinkommens über Cyberkriminalität.

Aufbauend auf dem Begriff der Internet Governance und den Menschenrechten als themenübergreifende Regelungen ordnet Florian Becker die vielfältigen Bemühungen der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization – UNESCO) in das Spannungsverhältnis zwischen globaler Digitalisierung und Souveränität ein. Dies erleichtert es der Leserschaft, Akteure und Prozesse hinsichtlich ihrer Beiträge zur Entwicklung eines zukünftigen Internetvölkerrechts, verstanden als normative Ordnung aller Regelungen verschiedener Anwendungen des Internets, zu bewerten.

Die Übersicht über die einschlägigen völkerrechtlichen Verträge im Bereich Menschenrechte und Weltwirtschaft, die strukturierte Zusammenfassung des nicht zwingenden Rechts und die Entwicklung der globalen Internet-Governance ist allen zu empfehlen, die sich in die Materie einarbeiten möchten. Die Rolle der UNESCO wird detailliert an-

hand der verschiedenen Regelungsinstrumente und der operativen Praxis dargestellt und in den Kontext des globalen Verwaltungsrechts eingebettet, sodass die Darstellung an genereller Bedeutung gewinnt. Die Herausarbeitung des Konzepts der UNESCO der Wissensgesellschaft mit seinen menschenrechtlichen und ethischen Bezügen – in Abgrenzung zur Informationsgesellschaft – erleichtert das Verständnis der Einzelheiten. Die Analyse der verschiedenen Rechts- und Strukturprinzipien der UNESCO wird schließlich für eine kritische Würdigung des gesamten Internet-Governance-Ansatzes der Organisation genutzt.

Der Autor weist nach, dass trotz objektiv gemeinsamer Interessen der Staaten an Internetzugängen zur Verwirklichung der Menschenrechte, der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) und des Weltfriedens durch Informations- und Wissenszugang auch der Ärmsten ein Defizit in der mangelhaften Einhaltung der formal rechtlich nicht bindenden Prinzipien besteht. Er identifiziert mögliche Mechanismen für größere Regelleinhaltung.

Eine kritische Auseinandersetzung mit ethischen Ansätzen, die teilweise als Umgehung oder Neuverhandlung menschenrechtlicher Standards interpretiert werden, wäre für die Einordnung zukünftiger Entwicklungen hilfreich gewesen. Angesichts der schnellen Verbreitung digitaler Anwendungen im täglichen Leben, etwa im Bereich Transport oder öffentlicher Verwaltung, ist die Notwendigkeit einer Gleichstellung des Rechts auf Zugang zum Internet mit grundlegenden Menschenrechten sorgfältig zu beobachten. Die von Florian Becker vorgelegte Dissertation erleichtert dies.